

„Krasser Widerspruch zu Klimaschutz-Zielen“

Nach Käshofen wehrt sich auch der Ortsgemeinderat Großbundenbach vehement gegen das Begehren der Bundeswehr, fünf Kilometer rund um die Polygone-Anlage das Bauen zu beschränken.

VON NORBERT SCHWARZ

GROSSBUNDENBACH Wie schon tags zuvor Käshofen, wehrt sich vehement auch die Nachbarortschaft Großbundenbach gegen das Bundeswehr-Ansinnen, für die Polygone-Anlage bei Zweibrücken-Mörsbach einen Schutzkreis von fünf Kilometern ausweisen zu lassen.

Die radargestützte, elektronische Trainingsanlage Polygone wird von der deutschen Luftwaffe, der US-Airforce und den französischen Luftstreitkräften genutzt.

Bleibt man im militärischen Sprachjargon, dann sehen Ortsbürgermeister Dieter Glahn und die Ratsmitglieder im Begehren der Bundeswehr einen Rohrkrepierer. Sich derart über Bürgerrechte hinwegzusetzen dürfte einfach nicht sein. Mit aller Macht wehrt sich deshalb die Ortsgemeinde mit ihren gewählten Repräsentanten gegen die „Schutzkreis-Bildungsabsicht“.

Ortsbürgermeister Dieter Glahn war die Entrüstung über das Begehren am Dienstagabend im Ortsge-

meinderat regelrecht anzumerken. Denn, im Falle Großbundenbach steht im Vergleich zu Käshofen sogar noch mehr auf dem Spiel: Die Absicht, auf Gemarkungsgelände Windräder zu errichten, könnte sich die Ortsgemeinde zusammen mit dem Betreiber schlichtweg „abschminken“, falls der Militär-Wunsch Wirklichkeit wird, bauliche Veränderungen in dem Schutzkreis nur noch mit Bundeswehr-Zustimmung vornehmen zu dürfen.

Nicht allein an die vielen Nachteile für Großbundenbacher Bürger im Falle einer solchen Schutzzone wurde deshalb vom Ortsbürgermeister erinnert. Dieter Glahn: „Das, was hier probiert wird, steht in einem krassen Widerspruch zu dem Klimaschutzzielen der Bundesregierung und der Landesregierung von Rheinland-Pfalz. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist nachzulesen, wie stark der Bruttostrombedarf steigt wird. Mit dem Thema Windkraftnutzung setzen wir uns seit Jahren demokratisch auseinander. Jeder weiß, das erst kürzlich der Verbandsgemeinderat den Grundsatzbeschluss dazu fasste, dass der teilnehmige Flächennutzungsplan im Bereich ‚Windkraftnutzung‘ erneuert wird.“ Im Landesentwicklungsprogramm stehe, dass natürliche und regionale Voraussetzung bei den Landesflächen für eine Windkraftnutzung genutzt werden sollen, so Glahn weiter. „Wir haben hier noch Bauschutzbereiche vom Flugplatz Zweibrücken. Gerade



Optisch zum Greifen nahe aus Großbundenbacher Sicht, die Polygone-Anlage bei Mörsbach. Bildmitte, die Staubtürme der Deponie, unmittelbar dahinter seitlich, die Militär-Anlage. Das Grün im Vordergrund: ein möglicher Standort für Windkraftanlagen in Großbundenbach.

FOTO: NORBERT SCHWARZ

Großbundenbach erfüllt die Anforderungen als Potentialfläche für die Windkraftnutzung.“

Der Ortsbürgermeister befürchtet erhebliche Einnahmehinbußen für das finanziell eh nicht auf Rosen gebettete Großbundenbach.

Wie bereits am Vorabend in Käshofen, erläuterte der Verbandsgemeinde-Beigeordnete Bernd Hofer auch in Großbundenbach die ergänzende Stellungnahme zu dem, was schon von der Verwaltung feinsäuberlich herausgearbeitet worden sei. Mündlich habe die antragstellende Bundeswehr-Behörde auf Nachfrage mitgeteilt, die Schutzzone würde benötigt, damit eine „störungsfreie Kommunikation“ mit zwei Polygone-Standorten gewährleistet werden kann. Nach Einschätzung von Bernd Hofer sind dafür allerdings „Korridore“ ausreichend. Warum es einen Fünf-Kilometer-Schutzradius geben müsse, konnte niemand erklären. Es gebe dazu keine Darlegungen des Antragstellers.

Welche Folgen eine solche Schutzkreisausweitung nicht allein für die Bürger von Käshofen und Großbundenbach, sondern auch für die Bürger der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land haben könnte, machte Hofer am Beispiel des Wassererdhochbehälters am Wasserturm von Käshofen fest: „Wenn wir dort bauliche Veränderungen vornehmen wollen, die übrigens anstehen, dann muss die Bundeswehr dazu ihre Zustimmung geben, gibt es künftig die Schutzzone!“

Sehr engagiert diskutierten die Ratsmitglieder das Begehren auf Ausweitung des Schutzbereichs. Verständnis dafür brachte niemand auf. Sollte eine solche Festsetzung kommen, dann käme das einer Enteignung für die Bürger von Großbundenbach gleich. Die Gesichtspunkte wie von Ortsbürgermeister Dieter Glahn zur Windkraftnutzung werden deshalb ebenso in die bereits vorbereitete Verwaltungsstellungnahme einfließen, wie die ergän-

zende Stellungnahme von Bernd Hofer. Einstimmig sprachen sich die Ratsmitglieder dafür aus.

Gemeindewald: Förster Uli Osterheld stellte eine mögliche forstwirtschaftliche Bestellung des Großbundenbacher Gemeindewaldes durch das Waldwirtschaftsunternehmen Schmitz aus Ormont (Eifel) vor. Dabei verwies Osterheld auch auf eine schon mehrjährige Zusammenarbeit mit der Ortsgemeinde Großsteinhausen im Süden von Zweibrücken-Land. Eine Entscheidung gab es an diesem Abend noch nicht. Das Unternehmensvorstellen, die Gepflogenheiten bei der Waldbewirtschaftung und ähnliche Dinge hatten Vorrang. „Es ist ein Meinungsbildungsprozess in Gang gesetzt“, so Ortsbürgermeister Glahn, „wir alle werden uns jetzt Gedanken machen und vielleicht zu einer Entscheidung kommen. Das Bewirtschaften des Großbundenbacher Gemeindewaldes ist eine Herausforderung, weil wir auch

stark hängige Flächen haben, die zu bewirtschaften sind“.

Das Totholz aus den Linden beim Friedhof soll der Forstbetrieb Nils Weiß aus Pirmasens herausnehmen. Die Kosten dafür belaufen sich auf 1874,25 Euro. Für rund 50 Bäume im Ort wird dieses Unternehmen zudem ein Baumgutachten erstellen. Baumhöhe, Alter und Fragen zur Verkehrssicherheit sollen im Gutachten gewürdigt werden. Das Gutachten kostet die Ortsgemeinde 496,83 Euro. Zu fällen ist zudem von Nils Weiß eine gut 30 Meter hohe Birke beim Spielplatz des Kindergartens, gegenüber dem Dorfgemeinschaftshaus. Sie gefährdet den Platz, die Toilettenanlage, das alte Schulhaus und muss aus Gründen der Verkehrssicherung gefällt werden. Glahn: „Das geht nicht anders, ich bin selbst Landwirt, weiß wie wichtig Bäume sind, aber uns als Gemeinde nimmt niemand die Verkehrssicherungspflicht ab. Wenn was passiert, ist das Geschrei groß!“

INFO

Auch Teile von Zweibrücken betroffen?

Stadttrat Thorsten Gries (SPD) hat am Mittwoch nach Lektüre des Berichts über die Sorgen Käshofens eine schriftliche Anfrage an die Stadtverwaltung gestellt: „Betrifft diese Erweiterung die Stadt Zweibrücken, wenn ja in welchen Bereichen? Betrifft diese Planung auch die potentiellen Flächen zum Bau von Windkraftanlagen, z. B. auf der Weißen Triesch? Wenn wir in diesem Zusammenhang keine Windkraftanlagen bauen dürften,

bekäme die Stadt einen finanziellen Ausgleich dafür, dass sie sich nicht am Ausbau erneuerbarer Energien beteiligen kann? Wie steht die Stadt zu der Erweiterung der Sicherheitszone? Sollte die Stadt betroffen sein von der Erweiterung, müssten dann Bauvorhaben, z. B. auf dem Kreuzberg oder am Fasanerieberg von der Bundeswehr mit genehmigt werden? Müssen Grundstücksbesitzer und Landwirte um das Truppenübungsgelände damit rechnen, dass ihre Grundstücke zukünftig noch öfters für Übungen der Bundeswehr genutzt werden? (red)